

# Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag  
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



## Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511 – 3030 - 3413  
Telefax 0511 – 3030 - 4863  
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück  
Telefon 0541 – 2027644  
Telefax 0541 – 2026832  
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

## Energiestandort Niedersachsen sichern - Fachkräfte von E.ON steuern die Energiewende von Hannover aus

Rede vom 23. Oktober 2014, 48. Sitzung, Tagesordnungspunkt 24  
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der CDU finden Sie in der Drucksache [17/2048](#).

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr können Sie in der Drucksache [17/2150](#) nachlesen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP ist in der Drucksache [17/2217](#) erfasst.

### Weitere Redner waren:

Björn Thümler (CDU), Mustafa Erkan (SPD), Maaret Westphely (GRÜNE) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

## Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

[...] Nun für die FDP-Fraktion die Kollegin König, bitte!

### Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schließungen von Standorten großer Unternehmen sind häufig aus Problemen geboren, die mit Standortnachteilen einhergehen. Wenn nicht wirtschaftlicher Zwang hinter dieser Entscheidung steht - und das ist in diesem Fall anscheinend nicht so -, sollten Standortprobleme immer im Vorfeld besprochen und, wenn möglich, auch ausgeräumt werden. Genau hier sollte die Landesregierung ansetzen. Das tut sie wohl auch schon, so wie ich das mitbekommen habe.

Für uns ist bislang nicht ersichtlich, wo der Nachteil des Standortes Hannover sein soll. Hier stehen hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung. Hier ist eine besonders sensible Sparte der Energiebewältigung beheimatet, die konventionelle Anlagen zur Energiegewinnung steuert. Hier fließen rund 90 % des im Netz der Avacon transportierten Stroms aus den erneuerbaren Quellen. Daher erschließt sich mir im Moment keine wirtschaftlich vernünftige Verlagerung.

Sollte es allerdings andere, weiter reichende Gründe geben, so kann man diese beleuchten und gegebenenfalls auch konstruktiv begleiten, wenn nicht sogar, wie hoffentlich in diesem Fall, beheben. Das sollte vor einem so gravierenden Schritt in jedem Fall geklärt werden und zu einem guten Ende geführt werden. Wir haben gute Erfahrungen mit Conti gemacht, obwohl wir zugeben müssen, dass

**Gabriela König MdL, Energiestandort Niedersachsen sichern - Fachkräfte von E.ON steuern die Energiewende von Hannover aus, Rede vom 23. Oktober 2014, 48. Sitzung, Tagesordnungspunkt 24, Abschließende Beratung**

---

dort andere Gemengelagen vorlagen. Trotzdem ist es in jedem Fall immer richtig, mögliche Probleme im Vorfeld zu klären und lösungsorientiert zusammenzuarbeiten.

Das ist Sinn und Vorgehensweise des Antrags und darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Es ist aber auch die Aufgabe des Landes, daran mitzuwirken und die in seiner Macht stehenden Möglichkeiten zu nutzen - zum Wohle des Wirtschaftsstandorts und der Menschen, die in unserem Land leben und arbeiten. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Fraktionen hier gemeinsam für dieses Anliegen streiten; denn letztendlich geht es um einen Standort in Hannover und damit in Niedersachsen, der mit Sicherheit nicht schlechter ist als ein Standort in Düsseldorf bzw. in Essen oder in Nord-rhein-Westfalen allgemein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

[...] Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag aller vier Fraktionen des Hauses in der Drucksache 17/2217 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das war einstimmig. Damit ist zugleich die Beschlussempfehlung des Ausschusses abgelehnt.